

---

# Newsletter

## Berichte – Informationen – Debatte

---

**Januar 2017**

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

ich hoffe, dass alle gut ins neue Jahr gekommen sind. 2017 wird sicher nicht nur ereignisreich werden, sondern von etlichen gesellschaftlichen Konflikten gekennzeichnet sein. Soweit es unserem selbstgegebenen Auftrag entspricht, werden wir uns denen auch stellen.

Wenn dabei der Newsletter und das auf unserer Website eingerichtete Diskussionsforum zu Stellungnahme, Meinungs- und Sachbeiträgen intern genutzt und auch weitläufig verbreitet wird, kann solche Lebendigkeit auf die Arbeit aller bei uns zusammengeschlossenen Initiativen und Einrichtungen ausstrahlen und hoffentlich – wenn sicher auch bescheidene – Wirkung erzielen.

### **Die Beiträge in dieser Ausgabe:**

- Bericht von der Veranstaltung „Neue Quellen zur Riga-Deportation aus Hannover am 15. Dezember 1941“ mit H.-D. Schmid v. 15.12.2016
- Bericht über den Workshop „Lokale Geschichtsarbeit heute und morgen. Chancen, Herausforderungen und innovative Ansätze“ am 17.12.2016
- Kommentierender Bericht zu dem Vortrag von Stefan Grigat über „Antisemitismus in der Linken“ vom 16.1.2017
- Eine Stellungnahme von VVN/BdA zum NPD-Nicht-Verbot
- Eine Pressemitteilung zu Aktionen von „Die Rechte“ im Rahmen des Holocaust-Gedenktags in Nienburg

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Voranstellen möchte ich diesen Berichten als Leseempfehlung einen Artikel zum Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus eines Björn Höcke und anderer: „Keine Schande. Die Erinnerungskultur ist das Beste, was Deutschland passieren konnte“, von Kia Vahland, SZ 21./22. Januar 2017

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/vergangenheitsbewaeltigung-keine-schande-1.3342943>

## **„Neue Quellen zur Riga-Deportation aus Hannover am 15. Dezember 1941.“**

Ein Vortrag von Hans-Dieter Schmid im Neuen Rathaus Hannover am 15. Dezember 2016.



Hans-Dieter Schmid vor dem Hintergrund der Ausstellung „8 Objekte – 8 Schicksale“ im Neuen Rathaus Hannover, links die Projektion des Verhör-Protokolls. Foto Michael Pechel

Deutsche Soldaten wurden regelmäßig möglichst rasch nach ihrer Gefangennahme vom britischen und amerikanischen Militärgeheimdienst verhört. Gefragt war eine ganze Palette von kriegsrelevanten Informationen: Truppenstärke und -verlegungen, Militärtaktik und bevorstehende Offensiven, neue Waffenentwicklungen, Fragen der Truppenmoral und vieles mehr. Doch in den archivierten Protokollen dieser Verhöre finden sich Informationen, die über das rein Militärische hinausgehen: Fragen nach Verantwortlichkeiten, Befehlsstrukturen, Verbrechen weit hinter der Front. Als der 31-jährige, in Pymont geborene Sanitätsunteroffizier Kurt Fuhr knapp zwei Monate nach seiner Gefangennahme in Frankreich endlich am 27. September 1944 britischen Verhörspezialisten gegenüber sitzt, berichtet er als Augenzeuge von Vorgängen, die fast drei Jahre zurückliegen. Denn im Herbst 1944 ist offensichtlich, dass die Alliierten bald in einem besetzten Deutschland Verfahren gegen Täter führen werden. In den Fokus geraten würden dann auch Vorgänge, über die Kurt Fuhr als Beteiligter nun aussagt: Die Deportation von Juden aus Hannover in das Ghetto der besetzten lettischen Hauptstadt Riga am 15. Dezember 1941.

Der emeritierte hannoversche Hochschullehrer Dr. Hans-Dieter Schmid stellte das fünfseitige Dokument in das Zentrum seines Vortrags im Rahmen der Veranstaltungsreihe von Stadt und Region Hannover „Der Beginn des Holocaust – Deportationsort Hannover“. Das Verhörprotokoll war laut Verteiler für die Geheimdienste des britischen War Office (40

Kopien!) sowie der Flotte und der Luftwaffe bestimmt. Auf diesen Bericht hat erstmals Stephen Tyas in einem Aufsatz des Jahres 2008 aufmerksam gemacht. (Wobei der Historiker Claus Füllberg-Stolberg bei seinen Forschungen zu den hannoverschen KZ-Außenlagern schon Mitte der 1980er Jahre in einem Washingtoner Archiv auf eine dreiseitige Kurzfassung für den amerikanischen Geheimdienst OSS stieß und diese nach Hannover faxte. Hier wurde zu diesem frühen Zeitpunkt die Wichtigkeit des Textes nicht erkannt, und er verschwand in einem Aktenordner).

Im einseitigen Vorwort des englischsprachigen Berichts „Deportation of Jews from Hanover“ wird der Verhörte (von dem durchgängig anonym als PW – „prisoner of war“ – die Rede ist) kurz beschrieben und eingeschätzt: Ein Mitglied der unteren Mittelklasse mit überdurchschnittlicher Intelligenz und sozialen Aufstiegswünschen, der seine berufliche Praxis im Polizeidienst mit einem Jura-Studium in Berlin verbunden habe, Karriereziel: Regierungsrat. Im Verhör versuche er den Eindruck größtmöglichen Abstands zu seinen ehemaligen Tätigkeiten zu erwecken. Insgesamt könne er als kaltschnäuziger Opportunist („callous opportunist“) eingeschätzt werden, dessen Aussagen gleichwohl als zuverlässig erschienen.

Kurt Fuhr war von 1940 bis 1943 als Kriminalkommissar-Anwärter bei Dienststellen der Kriminalpolizei und der Gestapo in Hannover tätig. Sein Bericht gibt in der Tat eine dichte und *grosso modo* genaue Beschreibung der arbeitsteiligen Abläufe in der Organisation der ersten großen Deportation aus Hannover. (Die für das Jahr 1941 angegebene Zahl von 3700 jüdischen Einwohnern im Regierungsbezirk Hannover ist zu hoch angesetzt – möglicherweise ein Übertragungsfehler). Ihr Wert liegt in der großen zeitlichen Nähe zum Geschehen und in der Charakterisierung ehemaliger Kollegen aus eigener Anschauung. Fuhr benennt lapidar die drangvolle Enge in den hannoverschen „Judenhäusern („11 in a room“), Zwangsarbeit für Juden, nächtliche Ausgangssperren sowie Razzien durch Gestapo-Beamte. Die Hauptrolle bei der folgenden Deportation habe die Gestapo-Leitstelle mit ihrem stellvertretenden Leiter SS-Obersturmführer Josef Stüber eingenommen, der wiederum die „Oberleitung“ für die Organisation des Transports dem damaligen Kriminalkommissar und Referatsleiter der Gestapo-Leitstelle Wilhelm Karg übertrug: „Stüber put Kriminalrat Karg in charge for the local round up“. Zusammengewirkt hätten aber viele: Fuhr nennt die Anzahl von 30 Beamten der Kriminalpolizei (dazu kann seine Person gerechnet werden), die mit der Durchsuchung von Gepäck und Leibesvisitationen beauftragt waren. Er nennt die Beamten der uniformierten Schutzpolizei, welche die Wohnhäuser der zu deportierenden Jüdinnen und Juden absperren und mit einem Kommando den Zug von seiner Abfahrt am Lindener Bahnhof Fischerhof bis zu seiner Ankunft in Riga begleiteten. Und er gibt im Verhör klare Einschätzungen ab: Hauptverantwortlicher Stüber ein gewalttätiger Nazi („violent Nazi“). Gestapo-Beamter Hans Bremer: Die Tätigkeit entsprach seinem Charakter („To whose sense of fun the matter seems to have greatly appealed“). Gestapo-Beamter Wilhelm Nonne: Er genoss es („He enjoyed it“).

Erhellend ist, dass der amtierende Leiter der Gestapo-Leitstelle Hannover, Rudolf Batz, als der eigentlich Hauptverantwortliche der Riga-Deportation, im Verhörprotokoll nicht vorkommt. Er befand sich zu diesem Zeitpunkt nämlich selber im Baltikum – genau gesagt von Juni bis Anfang November 1941 in beruflicher Abordnung zur Einsatzgruppe A als Leiter

des Einsatzkommandos 2 mit Sitz in Riga. Hans-Dieter Schmid machte an Personalrocharden die enge Verflechtung von Polizeibeamten in den beginnenden Holocaust deutlich: Unter Batz' Kommando werden „nur“ 30.025 ermordete Juden verzeichnet. Sein Kollege Jäger vom Einsatzkommando 3 im benachbarten Litauen brachte es mit 80.311 ermordeten Juden auf deutlich mehr als die doppelte Zahl. Warum Batz über einen Privatkontakt in das Reichssicherheitshauptamt ein Ende seiner Abordnung betreibt, kann nur vermutet werden – möglicherweise wollte er einer Strafversetzung „zur Bewährung“ entgehen. Als er wohl zum 1. Januar 1942 wieder den Dienst im Gestapo-Hauptgebäude in der Schlägerstraße antritt, wird sein Stellvertreter Stüber zum Führer der Einsatzgruppe A, Walter Stahlecker, in Riga versetzt – zur „effektivsten“ aller zu dieser Zeit eingesetzten Einheiten beim Massenmord. Wo sich Batz zwischen dem Ende seiner Abordnung nach Lettland am 4. November 1941 und der Rückkehr nach Hannover aufhielt, ist bislang unbekannt.

Kurt Fuhr wird im Verhörprotokoll mit der Annahme zitiert, der Deportationszug führe in eine jüdische Enklave, ein selbständiges jüdisches Protektorat („where they would live and work amongst themselves“). Und in der Tat – darauf hatte H.-D. Schmid schon zu Beginn seines Vortrags hingewiesen – folgt die Entscheidung zur Vernichtung der europäischen Juden nicht dem festen zeitlichen und intentionalen Schema, das früher angenommen wurde. Festzustellen sind Zwischenetappen, Teilbeschlüsse, Auswege aus oft selbstgeschaffenen Zwängen. Die „Wege nach Auschwitz“ verliefen nicht gradlinig, sondern verschlungen („The twisted roads to Auschwitz“ – Karl A. Schleunes). Als der erste Zug mit deutschen Juden am 30. November 1941 in Riga eintrifft, ist das Ghetto noch nicht von lettischen Juden „freigemacht“. Der Zug kommt zu früh. Kurzerhand werden die 1.053 Berliner Juden dieses Transports zusammen mit den fast 30.000 lettischen Juden erschossen. Doch ein Entschluss zur Ermordung deutscher Juden ist noch nicht gefallen – der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln (1938 in Braunschweig und Hannover für die Vorgänge der Pogromnacht verantwortlich) bekommt als Befehlsgeber erheblichen Ärger mit seinem Vorgesetzten Heinrich Himmler. Der Transport aus Hannover erreicht das Ghetto Riga wenig später am 18. Dezember 1941 – und bezieht die Quartiere der ermordeten einheimischen Juden, deren Mahlzeiten teilweise noch auf dem Tisch stehen.

Erkenntnisse aus dieser und anderen neuen Quellen werden in die überarbeitete und erweiterte Neuauflage des Buches „Ahlem – Die Geschichte einer jüdischen Gartenbauschule“ eingehen. Der von H.-D. Schmid herausgegebene Band mit Beiträgen deutscher und israelischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler war nach seinem Erscheinen im Jahre 2008 schnell vergriffen. Mit der Neuauflage kann in wenigen Monaten gerechnet werden.

H.-D. Schmid schloss mit der Bemerkung, dass auf diesem Feld insgesamt noch Forschungsbedarf bestehe: Eine Gesamtgeschichte der Deportationen aus Hannover stehe weiter aus und sei ein dringendes Desiderat.

*Michael Pechel*

---

## **„Lokale Geschichtsarbeit heute und morgen. Chancen, Herausforderungen und innovative Ansätze“**

Der ambitioniert klingende Titel dieses vom Kulturzentrum Pavillon und der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) Niedersachsen am 17. Dezember 2016 im Pavillon organisierten Workshops hatte nicht zu viel versprochen. Als Teil des Projekts „Spamfilter 2016 – [Dis]Connected World. Vom Schein und Sein digitaler Welten“ wurden neue Formen und Inhalte von lokaler Geschichtsarbeit vorgestellt und besprochen, ohne den Wert von traditionellem Handwerk (Archivarbeit) und Präsenz im „analogen“ Raum zu vernachlässigen.

Der Berichtstatter als funktionaler digitaler Analphabet begab sich in eine weitgehend neue Welt, um zu erfahren, wie Geschichtsarbeit im digitalen Raum funktionieren kann, welche Möglichkeiten dieser bietet und wie die Erfahrungen derer, die sich dort zuhause fühlen, für die Arbeit etwa des Netzwerks genutzt werden kann. Folgende Projekte wurden vorgestellt:

- Sandra Vacca / David Stoop (Köln): „History Reclaimed“ – Digitale Geschichtspfade zur Geschichte des NSU-Terrors
- Jörg Djuren: Lindener Multimediaprojekt „Bürgerbewegungen der 1980er“
- Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.: „111 Namen, keine Gesichter“ – Antifaschistische Erinnerungspolitik in Göttingen
- Michael Quelle: „Der Rote Faden“, Auseinandersetzung mit linker Bewegungsgeschichte in Stade
- Marcus Munzlinger: Pavillon „Prison Break“ – Gamedesign trifft Erinnerungspolitik

In jeweils unterschiedlicher Ausformung und Schwerpunktsetzung standen bei den vorgestellten Projekten folgende Fragen im Zentrum:

- a) Wie verändert sich mit der Nutzung digitaler Medien die Arbeit mit und um Geschichte im lokalen Raum? Darstellungsformen Archivierungen – politische und geschichtspolitische Interventionen.
- b) Welche Möglichkeiten der Vernetzung geschichtskultureller und- politischer Themen werden angeboten und können wie genutzt werden?
- c) Wie gestaltet sich das Verhältnis von digitaler und materiell erfahrbarer Gestaltung von Erinnerungsorten im städtischen Raum?
- d) Welche Bedeutung können ganz neue Formen der Geschichtsvermittlung (Stichwort Gamification von Geschichtsvermittlung) gewinnen?

Sandra Vacca / David Stoop stellten den „digitalen Geschichtspfad“ Köln-Mühlheim vor, der sich mit dem Nagelbombenanschlag des NSU vom 9. Juni 2004 in der Keupstraße Köln-Mühlheim auseinandersetzt: Hier ein Auszug aus der website <https://www.stiftungsbildung.com/2016/09/23/digitaler-geschichtspfad/>

„Das Projekt erstreckt sich über ein Jahr und wird von den Schülern teilweise im Unterricht, größtenteils aber in Feldforschungen, Treffen mit der Initiative oder in Arbeitsgruppentreffen außerhalb des Unterrichts erarbeitet. Die Schüler können die Stadt frei erkunden, interviewen Anwohner und besuchen von La Talpa e.V. veranstaltete Workshops, die unterschiedliche Deutungen

der Geschichte behandeln. Bei der Erarbeitung ihrer Version der Geschichte Mühlheims werden die Schüler von Filmemachern, Historikern und Betroffenen der Initiative „Keupstraße ist überall“ begleitet. Im Rahmen des Projekts konnten 25 von ihnen den NSU-Prozess in München besuchen und als Prozessbeobachter das Geschehen in dem Gerichtssaal dokumentieren. Ein weiteres Highlight stellte der Aktionstag mit einem Filmteam dar. Nachdem die erarbeiteten Inhalte in die App eingestellt werden, soll das fertige Produkt im Sommer 2016 präsentiert werden. Um das Fortbestehen des Projekts zu sichern, sollen jährlich Schulungen für so genannte Stadtcoaches stattfinden. Die Erarbeitung der App ermöglichte es den Schülern, sich mit der umkämpften Geschichte ihrer Stadt auseinander zu setzen. Als Bekannte und Angehörige von Opfern des Nagelbombenanschlags sind einige Schüler selbst von rassistischer Gewalt betroffen, und beteiligen sich somit im Rahmen des Projekts an der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte. Die Schüler erfahren sich darüber hinaus als historisch-politisch handelnde Personen, die, etwa gegenüber Betroffenen, Verantwortung für ihre Darstellung übernehmen müssen. Neben La Talpa, Keupstraße ist überall und der Willy Brandt Gesamtschule Köln wurde für die Realisierung des Projekts auch mit DOMiD e.V. zusammengearbeitet, der eine beratende Funktion übernahm.“

Das im Zusammenhang mit der Tagung Besondere an dem Projekt ist die Vernetzungsstrategie der „Stiftung Bildung“. Ähnliche Projekte aus dem Bundegebiet nutzen diese digitale Plattform mit, um Lern- und Geschichtsprojekte auf den Weg zu bringen und voneinander zu lernen. Bei einem Besuch der website ist die Reichweite und digitale Tiefe zu erkunden.

Analog wurde es dann zwischendurch bei den folgenden Beiträgen zu unterschiedlichen Projekten von Geschichtsbearbeitung, die zwar im Netz präsent sind und dieses natürlich auch für ihre Arbeit nutzen, deren Schwerpunkte dennoch anders gelagert sind.

Die Arbeit des Lindener Multimediaprojekt stellte Jörg Djuren vor. Es ist vielen von uns bekannt, deshalb hier als Zitat die Selbstdarstellung:

„(Stadtteil-)Kultur, Sozialarbeit und Stadtentwicklung. Der Verein fungiert dabei als Netzwerk der teilnehmenden Archive und Sammlungen. Sie tragen gemeinsam

- Informationen über die Entwicklungs- und Alltagsgeschichte Lindens und Limmers,
- Visionen, Ideen und Planungen für künftige Entwicklungen des Stadtbezirks (von früher und heute) zusammen, machen sie der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich und unterstützen ihre Auswertung. Menschen und Geschichten, Postkarten, Fotos, Filme und Bilder. Dazu nutzen wir stadtteilgeschichten.net und machen unsere Sammlungs- und Archivbestände (Bücher, Broschüren, Fotos, Filme, Tondokumente) über das Internet kostenfrei zugänglich.

Das Netzwerk begreift sich auf der Ebene des Stadtbezirks als Ergänzung für die einschlägigen Institutionen wie das Stadtarchiv, das Historische Museum und die Stadtbücherei. Es arbeitet mit diesen Institutionen kooperativ zusammen und steht mit ihnen nicht in Konkurrenz. Der Verein wurde im November 2012 gegründet. Das Netzwerk ist offen für Weiterentwicklungen. Wir freuen uns über neue Mitglieder. [http://www.linden-limmer-archive.de/netzwerk\\_archive-linden-limmer.html](http://www.linden-limmer-archive.de/netzwerk_archive-linden-limmer.html)

Die Antifa/Göttingen beschrieb die Arbeit an dem Projekt, akkurat die Lebens- und Leidensgeschichten von Göttinger Antifaschisten aus den 1920er und 1940er Jahren zu erforschen – bei 111 Personen ist das gelungen – und darzustellen. Um dem Andenken an sie im öffentlichen Raum Gestalt zu geben, organisierte die Gruppe eine Licht-, Ton- und Silhouetteninstallation am ehemaligen Stadthaus, das neben den Räumen der heutigen

Stadtbibliothek ebenfalls Sitz der Polizeiwache war. Im Bestreben den verfolgten Menschen mit ihren Namen dauerhaft sichtbare Orte im Stadtraum wie etwa eine Tafel an der Stadtbibliothek zu verschaffen, fühlt sich die Gruppe von der Stadt ausgebremst. Ihre Forschungsergebnisse nicht als wissenschaftlich anerkennend war 2015 der Historiker Rainer Driewer mit der Forschung zu Verfolgung und Widerstand von der Stadt beauftragt worden. Welche Gestalt nun, da dies städtische Projekt beendet ist, Gedenken und Erinnern im öffentlichen Raum annehmen soll, ist noch nicht ausgemacht. Es wird ein politisches Ringen geben. <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/antifaverein-goettingen/>

Allgemein kann man an diesem Beispiel festhalten, was für überall gilt: Akzeptanz von kritischer Geschichtsarbeit im Netz geht anders als im für alle sichtbaren öffentlichen Raum. Ersteres kann einfach ignoriert werden und sich damit auf Interessierte beschränken. Ein Stadtraum ist dagegen immer eine Sphäre öffentlicher Auseinandersetzung und politischen Streits – gerade auch, wenn es um Erinnern an die NS-Zeit geht.

Zeugnisse zu „linker Bewegungsgeschichte“ in der Region Stade stellte Michael Quelle vor. [https://www.rosalux.de/fileadmin/ls\\_ni/dokumente/Flyer/Roter\\_Faden.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/ls_ni/dokumente/Flyer/Roter_Faden.pdf) Hierbei geht es um die Aufbruchzeit der 60er Jahre nach der lähmenden bundesdeutschen Nachkriegszeit. Sammeln und bewahren von Zeitungsartikeln und Fotos als Bedingung von – auch digitaler – Erinnerungsarbeit stehen dort im Vordergrund.

Das Highlight innovativer und zugleich außergewöhnlicher Beschäftigung mit Geschichte präsentierte der Mitorganisator der Veranstaltung, Marcus Munzlinger: Gamesdesign trifft Erinnerungspolitik, Prison break oder auf Deutsch: wie breche ich aus dem Hannoverschen Strafgefängnis aus, das dort stand, wo heute der Pavillon angesiedelt ist. Spieler müssen sich durch 7 Level durchkämpfen, entsprechende Aufgaben lösen, um der Haft zu entkommen.

Begleitet wird das Gambling durch „richtige“ Spiele im und im Bereich des Pavillon. <http://pavillon-hannover.de/projekte/pavillon-prison-break-das-gaming-projekt/>

Unser Verein Netzwerk ist mit M. Munzlinger im Gespräch, sich entsprechend seiner Möglichkeiten daran zu beteiligen.

Die Anwesenden waren sich mit den Veranstaltern einig, die Themen der Tagung in nachfolgenden Veranstaltungen fortzuführen und dabei auch kritische Fragen zur Digitalisierung (fixiert auf junge Leute, das Netz als Nische und damit Verlassen des öffentlichen Raums etc.) zu formulieren.

PS

---

## „Antisemitismus in der Linken“

Ein kommentierender Veranstaltungsbericht

Im Rahmen ihrer landesweiten Veranstaltungsreihe „Alte und neue Formen des Antisemitismus in unserer Gesellschaft“ hatte die *Deutsch-Israelische Gesellschaft in Kooperation mit dem Bildungswerk ver.di* den Antisemitismusforscher Dr. Stephan Grigat in die ver.di-Höfe nach Hannover zu einem Vortrag am 16. Januar eingeladen.

Weit über hundert Anwesende erlebten im prall gefüllten Vortragsraum einen einstündigen rhetorischen Parforceritt Grigats durch die antisemitischen Neigungen und Politiken der „Linken“ vom frühen Marx in seiner Streitschrift „Zur Judenfrage“ gegen „Bruno Bauer“ von 1844 bis in die Gegenwart. Parforceritt deshalb, weil analytische Differenzierungen und eine Herstellung von historischen Zusammenhängen nicht Grigats Ding zu sein scheinen.

Die unbedingte Verteidigung des Zionismus als „bewaffnetes Gegenkollektiv gegen den Antisemitismus“, verkörpert im Staat Israel, formuliert seine Position. Für Grigat ist sie Ausgangsposition und Angelpunkt einer Polemik gegen den von ihm ausgemachten Antisemitismus *in* der Linken. Polemisch nenne ich Grigats Kritik der Linken deshalb, weil er alles, was sich irgendwann mal mit der Farbe Rot garniert hat oder sie immer noch als Symbol für linke Gesinnung verwendet, in einen Topf wirft, umrührt, um dann zu einem Urteil über den Antisemitismus *der* Linken gelangen.

Wer wie Grigat die Politik einer seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts totalitären und imperialen Sowjetunion als links bezeichnet, wer die politischen Führungen der DDR und anderer Ostblockdiktaturen mit diesem Attribut etikettiert, um dann deren praktizierten Antisemitismus als Ausweis allgemein linker Haltung auszugeben, disqualifiziert allerdings ein berechtigtes Anliegen: Nämlich die ernsthafte und selbstkritische Auseinandersetzung der linken Bewegungen und Parteien mit zentralen Auffassungen ihrer Vergangenheit und Gegenwart zum Antisemitismus, zum Zionismus, zu Israel. Das Bedürfnis um diese Debatte war im Publikum zum Greifen spürbar vorhanden. Es wurde vom Vortragenden denunziert.

Aber der Reihe nach:

Sogenannter linker Antisemitismus lässt sich weder historisch leugnen noch in der Gegenwart weginterpretieren. Die KPD Thälmanns pflegte ihn inniglich als vermeintlich antikapitalistische Kritik an der Herrschaft des Finanzkapitals. Gleichzeitig jedoch griffen viele Marxisten außerhalb dieser Partei wie etwa die KPD/O mit August Thalheimer diese Position als unvereinbar mit einer um die Befreiung der Menschen vom Joch des Kapitals ringenden Arbeiterbewegung an. Teile der westdeutschen Linken, die nach dem Krieg gegen ein gesellschaftliches Klima des mindestens latenten fortgepflegten Antisemitismus ihre Stimme erhoben hatten, gefielen sich nach dem sechs-Tage Krieg 1967 als vehemente Israelkritiker. Ulrike Meinhof hatte noch im Juni 1967 in *Konkret* geschrieben, dass die Solidarität der europäischen Linken allen Verfolgten gehören müsse und dass diese „den Staat Israel mit einschließt“. Die arabischen Nachbarn hatten den Krieg gegen Israel angezettelt, um die Juden ins Mittelmeer zu treiben, so deren erklärte Zielsetzung. Nun witterte Meinhof

stellvertretend für etliche aus dem damals linken Milieu vom „Juden-Terror“ gegen die Palästinenser, von Israel als Siedlergesellschaft im Auftrag des US-Imperialismus. Dieser Antisemitismus wurde als Unterstützung der um Befreiung kämpfenden PLO verborgen. Bedeutende Teile des SDS in Westdeutschland meinten nun, Israel als Okkupanten verurteilen, das Land und seine Bevölkerung von der Opfer- in die Täterrolle hieven zu müssen.

So konkret wurde der Referent bei seinen Ausflügen in die Historie nicht, stattdessen sprach er von einer „Hegemonie“ der antisemitischen Linken. Dass etwa, um im Jahr 1967 zu bleiben, zahlreiche prominente Unterstützer des SDS (darunter Ernst Bloch, Iring Fetscher, Helmut Gollwitzer u.v.a.) gegen dessen neue Haltung auf einer öffentlichen Kundgebung in Frankfurt am Main energisch protestierten und sich über die Existenzsicherung Israels durch den Sieg freuten, gehört auch zur Geschichte der Linken. Israel wurde durch die Aggression konkret in seiner Existenz bedroht und deshalb war vielen Linken klar: Der Zionismus hatte sein Ziel erreicht, „dem jüdischen Volk eine Heimat zu schaffen. Wer heute das dem Zionismus vorwirft und dem Staat das Existenzrecht abspricht, unterstützt den Antisemitismus, ob bewusst oder unbewusst, ist nicht wichtig“, stellt der heute 100-jährige jüdische Kommunist Theodor Bergmann kategorisch klar.

Zum bundesdeutschen Antisemitismus der siebziger Jahre zählt auch, dass das mit dem Tragen eines Palästinenser-Tuchs – bevor es zum unpolitischen Mode-Accessoire ähnlich einem Che Guevara-T-Shirt wurde – links fühlende Menschen ihre Gegnerschaft zur Politik Israels gegenüber den Palästinensern bezeugten. Man fühlte sich, auch dies darf in der Retrospektive nicht übersehen werden, allgemein moralisch auf der richtigen Seite, wenn man den Befreiungskampf der kolonisierten oder semikolonialen Länder um Unabhängigkeit und Freiheit vom Imperialismus – die SU wurde aus ideologischen Gründen entgegen der politischen und historischen Wahrheit in etlichen linken Kreisen als friedliebend und antiimperialistisch kategorisiert – nach Kräften unterstützte. Israel war plötzlich Büttel und Vorposten des US-Imperialismus im Nahen Osten, die PLO, die arabischen autokratischen und/oder autoritären Regimes Bestandteil des weitweiten Befreiungskampfes „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch“.

Wäre es ein Problem gewesen, solch ideologische bedingte Wahrnehmungen einer ganz anderen Wirklichkeit konkret mit Ross und Reiter zu benennen, anstatt von Hegemonien in einer in Wahrheit gespaltenen, zersplitterten und in ihren Analysen vielfältigen Linken zu unterstellen? Solche hier in aller Kürze angedeuteten Politik- und Ideologiemuster innerhalb der Linken hätten mit dem Ziel einer konstruktiven Selbstkritik analysiert werden können.

Stattdessen, quasi als Aufschlag, um mindestens die Hälfte des Publikums gleich zu Beginn zu erschlagen, leitete der Referent den Antisemitismus der Linken aus deren Verkürzung der Kritik der politischen Ökonomie nach Marx her. Die Argumentation lautet in etwa: Stand in der marxischen Analyse das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis von Produktion, Reproduktion und Distribution im Zentrum, verengte sich im Zuge der Marx-Rezeption innerhalb der internationalen sozialistischen und kommunistischen Bewegung der Blick auf die Sphäre der Produktion. Der Zins, die „wunderlichste Form des Kapitals“, die ausgeprägteste Form des Fetischcharakters der Ware, wäre von den nachmarxschen

Theoretikern nicht mehr als Bestandteil der „Totalität“ (Grigat) des gesellschaftlichen Kapitalverhältnisses ausgemacht, sondern als dem eigentlichen – soll heißen produktiven, Mehrwert heckenden – Kapital Fremdes angesehen worden. Soweit, so gut, so bekannt, so oft mit recht beklagt und allgemein im Begriff Vulgärmarxismus gefasst.

Aber auch hier trifft ein Pauschalurteil nicht zu, weil es außer Acht lässt, dass sehr wohl zentrale Elemente der Kritik der politischen Ökonomie mit der Entwicklung des Kapitals zum kapitalistisch organisierten Finanzkapital um die vorletzte Jahrhundertwende von sich in Marxscher Tradition verstehenden TheoretikerInnen, die Namen Rosa Luxemburg oder Rudolf Hilferding, auch Lenin seien stellvertretend für etliche genannt, fortentwickelt worden sind. Die zentrale Erkenntnis bestand nicht in der Identifizierung des Finanzkapitals als Verschmelzung von Industrie-, Handels- und Bankkapital, sondern in der empirischen Wahrnehmung und theoretischen Analyse, dass die Verbindung zwischen staatlicher Politik und Finanz- respektive Kapitalinteressen bei der Forcierung der weltweiten Akkumulation von Kapital eine neue Dimension der Herrschaft des Kapitals hervorgebracht hatte. Die Analyse des „Imperialismus als politischer Ausdruck“ der „Durchkapitalisierung der Welt“ (R. Luxemburg) stellte diese Symbiose von Kapitalakkumulation und politisch-staatlichem Agieren heraus. Soviel, besser so wenig muss dem Referenten als Sachinformation entgegeng gehalten werden.

Grigat unterstellt nun, dass aus dem verengten Blick auf die Produktionssphäre und damit des Industriekapitals das eigentümlich erscheinende, schwer fassbare, weltweit umherstreunende Finanzkapital in der Linken das Antlitz des Juden bekommen hätte – handelnd, nicht arbeitend, unverwurzelt, sich am Geldzins bereichernd. Einen Beweis unter Bezug auf „linken“ Theorien blieb er schuldig. Stattdessen schlug er eine luftige Volte.

Indem er behauptete, die Nazis seien Sozialisten gewesen, war er bei Hitler und der Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital gelandet. Dieses für die Nationalsozialisten zentrale Bildnis von Wirklichkeit hatte Hitler – dies war dem Redner wohl nicht geläufig – programmatisch in seiner ersten großen und schriftlich überlieferten Rede „Warum sind wir Antisemiten?“ 1920 entwickelt. Nur entsprang diese Unterscheidung nicht irgendeiner, wenn auch noch so kruden, Einsicht in unterschiedliche Formen von Arbeit oder Kapital, sondern umgekehrt: die vorhandene und prägende Ideologie des antisemitischen Rassismus, gespeist aus den vulgärdarwinistischen Abhandlungen H. Steward Chamberlains und anderer und garniert mit traditionellem christlich-antijüdischen Ressentiments, wurde von ihm über die Reproduktionsebene gelegt. Mit anderen Worten: Die Ideologie des rassistischen Antisemitismus wurde zur Grundlage einer kruden Auffassung von Ökonomie. Diese Ideologiekonstruktion hatte natürlich auch eine politische Dimension. Die Nazis mussten Teile der Arbeiterschaft gewinnen. Hitlers „schaffende Arbeit“ bediente in simpler und unbarmherziger Form den Produktstolz und das tiefverwurzelte Arbeitsethos der Proletarier. Indem er über beides hinaus eine auf der Naturgesetzlichkeit des Rassismus gegründete Erlesenheit und Herrschaft durch die Erlesenen versprach, hoffte er, in der Arbeiterschaft politischen Einfluss zu bekommen. [Dies auszuführen ginge zu weit, an anderer Stelle in „Über die Volksgemeinschaft der Deutschen“, Baden Baden 2015, habe ich

das getan.] Wem kann sich diese Art der Ideologiebildung und -vermittlung als „sozialistisch“ oder links erschließen?

Hatte der Referent über diese beiden Reflexionsebenen den Urgrund des linken Antisemitismus erfasst, so ging es an dem Abend auch um konkrete Politik. Jedenfalls wurde in der anschließenden Debatte der Versuch unternommen, jenseits des geschilderten geschichtsphilosophisch-politökonomischen Untergrunds konkret auszuloten, welche politische Kritik etwa am Handeln israelischer Regierungen oder jüdischer Einrichtungen in aller Welt als antisemitisch begründet begriffen werden könne, welche sozusagen erlaubt sei. Um es kurz zu machen – nach Grigat hatten die israelischen Regierungen immer Recht.

Nun braucht, wer das Recht Israels und seiner Menschen auf Sicherung und Verteidigung ihrer Existenz für unverhandelbar hält, wer weiß und beherzigt, dass das jüdische Volk sich diesen Staat geschaffen hat als Selbstverteidigungsgarantie nach dem Holocaust, keinen Zensor. Der benötigt auch keinen Interpreten, der jede Kritik an politischen und sozialen Verhältnissen in diesem Land und der Region als das Existenzrecht Israels infrage stellend deutet. Debatte und Kontroverse um Politik auf Basis der genannten unverrückbaren Prämissen sind selbstverständlich legitim und nötig. Gerade weil Israel in einer Region grausamer Gewalt, autokratisch-autoritärer Bewegungen und Staaten und kriegerischer Ausnahmezustände ein Anker staatlicher Stabilität, gesellschaftlicher Vielfalt und politischer Freiheit sein will und soll, ist kritische Begleitung von israelischer Politik eine Selbstverständlichkeit. Begründete Argumente zu denunzieren, hat nichts mit politischer Debatte zu tun.

Eigentlich geht es auch um etwas anderes.

Michael Dunst vom ver.di Bildungswerk hatte die Veranstaltung mit dem verbreiteten Bild von den Hedgefonds als Heuschrecken eingeleitet, also mit der Frage, ob die Verwendung einer solchen Metapher antisemitisch sei. Auf der Veranstaltung wurde darüber leider nicht geredet, obwohl die Frage den Kern des Problems, nämlich der Identifizierung antisemitischer Ressentiments, trifft. Es geht darum, ob Bilder und Metaphern in der politischen Auseinandersetzung solche Ressentiments, die tief verwurzelt sind, bedienen – auch ungewollt.

Die Heuschrecke ist seit dem Alten Testament Inbegriff einer schädlichen, die Arbeit des Menschen ruinierende, seine Reproduktion aufs äußerste gefährdende Gestalt, ein Insekt, ein Ungeziefer, das als Schwarm auftritt und alles, was ihm an fressbarem in den Weg kommt, vertilgt. Das Tier rührt an Urängsten.

Man kann sich streiten, ob überhaupt das Bild eines Ungeziefers die Politik der Hedgefonds trifft oder eher nicht, das ist grenzwertige Geschmackssache. Doch wenn man weiß – und man sollte es wissen – dass die Nazis nicht nur das Bild „des Juden“ als schmarotzendes Ungeziefer vieltausendfach verbreiteten, sondern Juden als Person, als Individuen selbst als solches bezeichneten und entmenschten, sollte man gewahr werden, dass solch Begriff tief verwurzelte antisemitische Ressentiments bedient, Ressentiments, vor denen kaum einer gefeit ist. Beim Anblick einer Heuschrecke liegt die Vorstellung vom „Ausmerzen“ nah. Ein Blick in den Veit Harlan Film „Der ewige Jude“, bei dem das als jüdisch identifizierte

Ungeziefer von der Leinwand förmlich durch die Sitzreihen der Zuschauer krabbelt, wird Zweifler von der Suggestionskraft dieses Bildes überzeugen. Oder man nehme den NS-Streifen „Jud Süß“, in dem *der* geldheckende, intrigante Jude hinterhältig um Macht und Einfluss schachert, dann hat man die Sprach- und Bildwurzel des in der Finanzkrise vielfach benutzen Begriffs „US-amerikanische Ostküstenkapital“ auch ohne das Attribut „jüdisch“, das dabei mitschwingt, identifiziert.

In einer Zeit, in der völkisches, nationalistisches und erst recht antisemitisches Sprach- und Gedankengut bittere Auferstehung feiert, gilt es Sprache und Bilder zu prüfen, mit denen man in politische Auseinandersetzungen geht. Dies insbesondere auch deshalb, weil Antisemitismus in der Linken nicht nur zu deren Geschichte gehört, sondern auch in der Gegenwart mehr oder minder latent oder sogar offen zum Ausdruck kommt. Eine Auseinandersetzung darum bleibt ständige Aufgabe.

PS

---

Unser Mitglied Reinhold Weismann-Kieser von der VVN-BdA hat mich gebeten, folgende Stellungnahme zum NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts in den Newsletter aufzunehmen.

Das geschieht hiermit, inklusive der Ermutigung, auch an diesem Ort eine Debatte um dies Urteil, um den Umgang staatlicher Organe mit organisiertem Rechtsextremismus und Nazismus zu führen.

### **Versagt vor der Geschichte – Zum NPD-Verbotsurteil**

17. Januar 2017

An allen Gedenktagen an die Opfer des NS-Regimes, so sicher auch am bevorstehenden 27. Januar, werden von den politisch Verantwortlichen in Deutschland Reden gehalten in denen man die Verbrechen des deutschen Faschismus benennt und ein „Nie wieder!“ verspricht.

Aber wenn es darauf ankommt, die Konsequenzen aus den Millionen Opfern dieses verbrecherischen Regimes zu ziehen und zwar die allereinfachste und naheliegendste, nämlich dass die dafür verantwortlichen politischen Kräfte nie Gelegenheit erhalten dürfen einen erneuten Anlauf zur Errichtung eines ähnlichen menschenfeindlichen Regimes zu errichten, wird versagt.

Es wird aber nicht einfach aus Unvermögen, sondern, wenn man das Anti-Verbots-Trommelfeuer der letzten Monate in Politik und Medien betrachtet, es wird vorsätzlich versagt.

Eine neo-nationalsozialistische Partei soll es in Deutschland geben dürfen, das ist die Quintessenz all dieser Aktivitäten.

Zu den historischen Verbrechen des deutschen Faschismus gehören auch die knapp 200 Toten seit 1990 und die rassistischen Mobilisierungen der letzten zwei Jahre bei denen die

NPD eine wesentliche Rolle gespielt hat. Sie hat Strukturen, Ideologie und hasserfüllte Parolen zur Verfügung gestellt, was sogar noch aus Steuermitteln finanziert wird. Das macht deutlich, dass von der NPD Gefahr ausgeht unabhängig davon, ob sie in Parlamenten sitzt oder nicht.

Außerdem wurde vorsätzlich darauf verzichtet, dem völkischen Nationalismus wie er auch durch die AfD vertreten wird, einen Riegel vorzuschieben.

Dazu sagen wir Nein: Faschismus gehört verboten, weil er keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Die NPD hat, ebenso wie andere faschistische Gruppierungen keinen Anspruch auf Legalität.

An dieser Lehre der Geschichte halten wir fest.

Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA

---

## **Nienburger Gedenkveranstaltungen zum Holocaust-Tag vor dem Hintergrund intensiver Neonazi-Aktivität**

### **Pressemitteilung v. 29.1.2017**

Der Auftakt der Veranstaltungen aus Anlass des Internationalen Holocaust-Gedenktages fand am Freitag und Samstag vor dem Hintergrund intensiver Neonazi-Aktivitäten in Nienburg statt. Schon am Freitag hatten Mitglieder des Runden Tisches und des Arbeitskreises Gedenken berichtet, dass Personen aus dem rechtsextremen Umfeld in der Stadt gesehen worden seien. Während der Gedenkveranstaltungen auf dem Jüdischen Friedhof und im Rathaus – einer interreligiösen Andacht und anschließende Ausstellungseröffnung – wurde bekannt, dass die Partei „Die Rechte“ für den Vormittag des 28. Januar einen Aufmarsch in der Innenstadt angemeldet habe.

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Breslau und seine jüdische Gemeinde“ im Vestibül des Rathauses rief Ulrike Kassube, Sprecherin des Runden Tisches, zu einer Informationsveranstaltung auf, mit der man sich am Samstagvormittag an die Öffentlichkeit wenden wolle. Die Veranstaltung, auf der Thomas Gatter, Vorsitzender des Arbeitskreises Gedenken, über das Thema „Rechte Gewalt im Holocaust – und heute“ sprach, verlief friedlich. Lediglich am Rande wurde ein Nienburger Sinto von einigen als rechtsradikal bekannten Personen bedroht.

Die Partei „Die Rechte“ trat entgegen den vorherigen Informationen sichtbar erst am Abend in der Weserstadt in Erscheinung. Gegen 18 Uhr versammelte sich ein einschlägiger Personenkreis von etwa 40 bis 50 Anhängern der Partei am Nienburger Bahnhof. Eine kleine Schar Gegendemonstranten sowohl aus dem bürgerlichen als auch aus dem antifaschistischen Lager hatte sich spontan eingefunden, um ihren Protest gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu bekunden. Dieser fand dann unter schwerstem Polizeischutz von etwa einer Hundertschaft unbehelligt statt. Die Marschrouten der

Rechtsradikalen führte über Wilhelmstraße, Goetheplatz und Bisquitstraße zum Bürgermeister-Stahn-Wall. Die abschließende Kundgebung fand gegen 19 Uhr auf dem Ernst-Thoms-Platz unter demonstrativem Entzünden von Fackeln ihren Höhepunkt.

In einer Bewertung der Geschehnisse äußerte sich Thomas Gatter bestürzt darüber, dass der Ablauf des diesjährigen Gedenkprogramms zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch ein derart massives Auftreten von Neonazis gestört werden konnte. „Das Timing dieses Fackelaufmarsches genau zwischen den Veranstaltungen am 27. und der Gedenkstunde der Nienburger Sinti am 29. Januar hat expliziten Drohcharakter. Man will uns einschüchtern“, so Gatter wörtlich. Der Vorsitzende äußerte auch Unverständnis darüber, dass eine rechtsextremistische Veranstaltung mit eindeutig nationalsozialistischer Choreographie mitten im Gedenkprogramm der Stadt genehmigt wurde. „Während am Rathaus die Fahnen in Verbeugung vor den Opfern des NS auf Halbmast wehen, dürfen am anderen Ende der Langen Straße die Nationalsozialisten von heute ihre Fackeln schwingen. Das ist unverständlich“, meinte der ehemalige Stadt- und Kreisarchivar. Der Arbeitskreis Gedenken werde das Gespräch mit den zuständigen Stellen der Stadt suchen, um zu erfahren, welche Überlegungen dafür Ausschlag gebend waren.

*Thomas Gatter*